NZZ am Sonntag

USA

Barack Obama droht dasselbe Schicksal wie George W. Bush

Barack Obama ist vor sechs Jahren mit dem Versprechen angetreten, er werde Kriege beenden, nicht beginnen. Nach dem Fiasko des zweiten Irakkriegs, den sein Vorgänger George W. Bush angezettelt hatte, kam das bei den kriegsmüden Amerikanern gut an. Doch Friedensnobelpreisträger Obama wird nicht als Friedenspräsident in die Geschichtsbücher eingehen, denn jetzt zieht er selber in den Krieg. Obama will die Terroristen vom Islamischen Staat (IS) in Syrien und im Irak «zerstören», wie er diese Woche sagte. Ironischerweise wurde dieser Krieg gerade deshalb unausweichlich, weil Obama sich lange selber treu blieb und es tunlichst vermied, sich in den Konflikt in Syrien einzumischen. Die Rebellen, welche für den Kampf gegen Diktator Bashar al-Asad amerikanische Unterstützung erbaten, gingen weitgehend leer aus, und der Bürgerkrieg eskalierte. In diesem Chaos erst konnte der Islamische Staat zur mächtigen Terrorarmee werden, welche die ganze Region bedroht. Die USA dürften nun viel tiefer in den Krieg hineingezogen werden, als es Obama lieb ist. Den IS mit einigen amerikanischen Luftangriffen und der Unterstützung lokaler Kämpfer zu besiegen, wie es dem Präsidenten vorschwebt, ist unmöglich. So droht Obama ebenso tief im kriegerischen Morast zu versinken wie sein Vorgänger George W. Bush. *(at.)*

Frauen in Chefetagen

Aktive Investoren machen Quoten obsolet

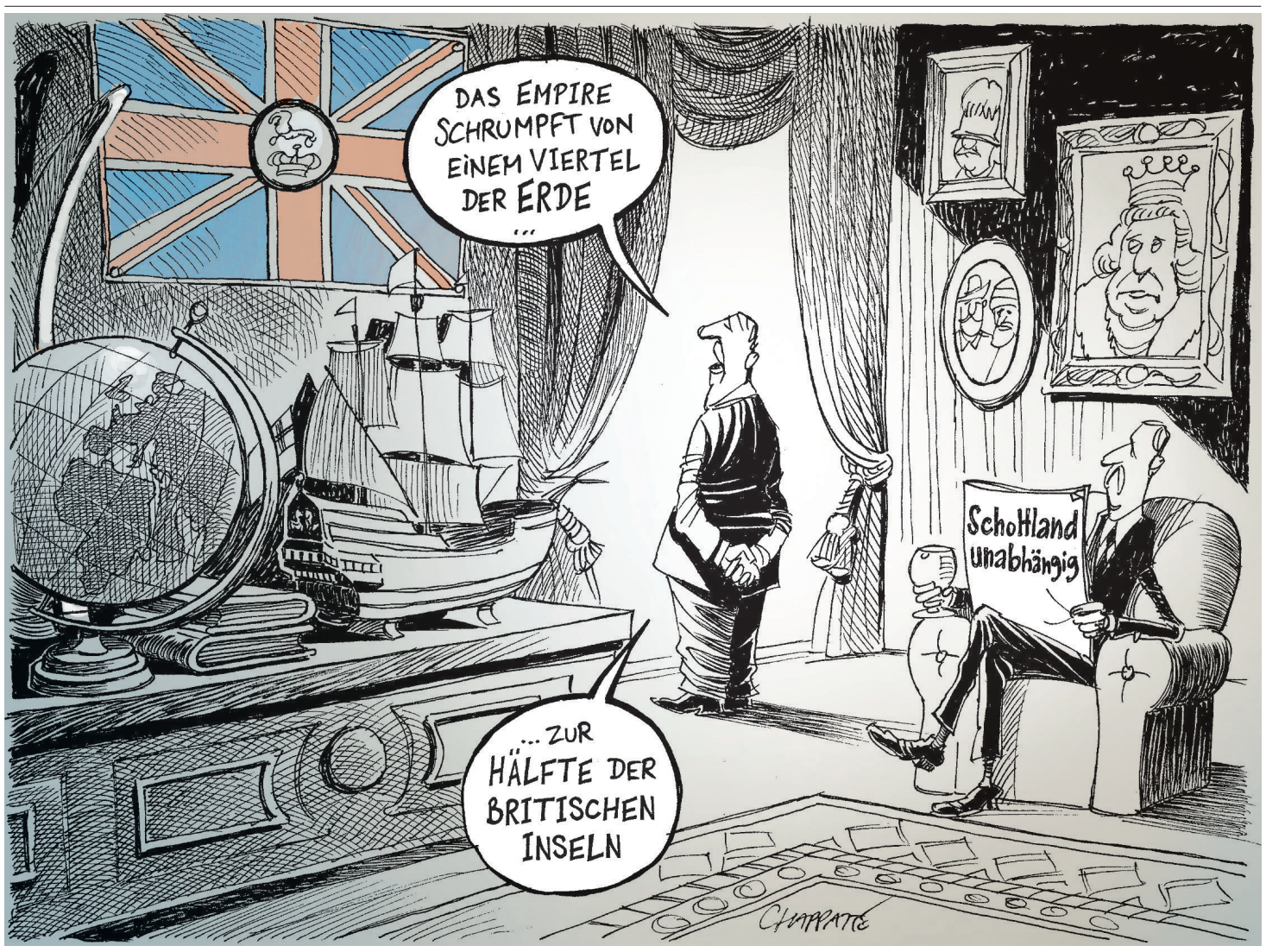
Die SP-Bundesrätin Simonetta Sommaruga will der Wirtschaft eine Frauenquote von 30 Prozent aufs Auge drücken. Das ist erstaunlich, hat sie selbst in ihrem obersten Kader doch bis vor sechs Wochen keine einzige Frau gehabt. Neu steht dem Bundesamt für Polizei nun eine Frau vor. Sommarugas Quote schiesst aber aus zwei anderen Gründen am Ziel vorbei: Zum einen würde sie nur für Verwaltungsräte von kotierten Firmen gelten. Das Beispiel Norwegens, wo seit 2008 eine Quote von 40 Prozent für Verwaltungsrätinnen gilt, zeigt aber gerade, dass dies weder den Frauenanteil im wichtigeren, operativen Management erhöht noch die Lohnschere schliesst. Just Ende August ist eine entsprechende Analyse veröffentlicht worden. Viele Beobachter halten die Quote in Norwegen deswegen für gescheitert. Noch wichtiger aber: Weil Firmen mit gemischten Führungsteams mehr Geld verdienen und rentabler sind, verlangen Investoren neuerdings von sich aus nach einer besseren Vertretung des weiblichen Geschlechts auf allen Hierarchiestufen der Unternehmen. Bereits gibt es erste Aktienfonds, die auf den Trend setzen. Die Quoten-Forderung Sommarugas wird vom Kapitalmarkt rechts überholt. *(jac.)*

Umweltpolitik

Nachruf auf das Ozonloch

Es galt einst als grösste Gefahr für den Planeten: das Ozonloch. Erstmals tauchte es Anfang achtziger Jahre auf und weckte apokalyptische Ängste. Der Wegfall des Ozonfilters in der Atmosphäre würde Mensch und Natur ungeschützt den schädlichen UV-Strahlen aussetzen; Millionen von Toten seien die Folge. Diese Woche gaben Forscher bekannt, dass das Problem gelöst sei. Das Ozonloch werde sich demnächst gänzlich schliessen. Es ist dies eine umweltpolitische Erfolgsgeschichte: Die Wissenschaft erkannte im Fluorchlorkohlenwasserstoff die Ursache des Problems, Politik und Industrie einigten sich auf einen Ersatz dieses Stoffs, die Natur erholt sich wieder. Das Beispiel stärkt die Zuversicht, dass sich auch andere Umweltprobleme so lösen lassen. *(fem.)*

Chappatte



Der externe Standpunkt

Hilfswerke zielen lieber auf Banken als auf Schweizer Bauern

Die Nahrungsmittelspekulation soll laut einer Kampagne schuld sein an der Not in Afrika. Das ist Unsinn. Wer wirklich helfen will, muss unseren Agrarschutz aufheben, finden Andrea Franc und Marco Haase

Die Spekulation mit Nahrungsmitteln lässt die Preise explodieren» schreiben Schweizer Hilfswerke in einem Inserat. Das Bild dazu zeigt eine Afrikanerin mit einer Schüssel explodierender Maiskolben. Mit der Anzeige bereiten die Hilfswerke das Terrain vor für die Abstimmung über die Volksinitiative der Jungsozialisten (Juso), welche die Spekulation mit Nahrungsmittelrohstoffen in der Schweiz verbieten möchte. Bei den Juso ist die Abschaffung des Kapitalismus politisches Programm, ihre Initiative zur Abschaffung der Spekulation mit Nahrungsmitteln eine erste Etappe auf dem Weg dahin. Das sei den Juso unbenommen. Von den Hilfswerken erwarten wir jedoch, dass sie sich erstens für die Anliegen der Ärmsten einsetzen und zweitens ihre Kampagnen auf Fakten stützen. Hier tun sie beides nicht.

Der Afrikanerin auf dem Bild explodieren Maiskolben ins Gesicht. Auf der Website der Hilfswerke werden zusätzlich Reis und Getreide als Nahrungsmittel genannt, deren Preise angeblich durch Spekulation in die Höhe getrieben werden. Ja, der Weltmarktpreis für Reis, Mais und Weizen ist in den Jahren der Finanzkrise explodiert. Aber woher nehmen die Hilfswerke die Gewissheit, dass ausgerechnet die Grossbanken beziehungsweise Anleger, die in einen Nahrungsmittelindex investieren, dafür verantwortlich sind? Reis ist in den gängigen Indizes gar nicht enthalten, verzeichnete aber die höchsten Preisausschläge mit 255 Prozent in den Jahren 2004 bis 2008. Bei Mais und Weizen, die in den gängigen Indizes enthalten sind, stiegen die Preise hingegen nur um 81 beziehungsweise 88 Prozent. 1970 bis 1974 gab es noch keine Indexspekulation, dennoch kam es zu Nahrungsmittelkrisen mit ähnlichen Preisausschlägen.

Die Indexspekulation mit Nahrungsmitteln in den Jahren der Finanzkrise wurde von verschiedenen wissenschaftlichen Standpunkten aus untersucht. Nur wenige der Studien konnten überhaupt einen Einfluss der Börsenspekulation auf den Weltmarktpreis feststellen, der meist weit unter 5 Prozent liegt. Die Studien bestätigen vielmehr die mehrheitlich stabilisierenden Effekte der Indexspekulation.

Der Einfluss des Agrarprotektionismus auf die Weltmarktpreise von Nahrungsmitteln ist hingegen so unbestritten wie fatal. Die Hilfswerke schiessen aber lieber auf Mücken und lassen den Elefanten ungehindert weiter trampeln. Der Schutz der Schweizer Landwirtschaft durch Zölle, Subventionen oder gesetzliche Vorschriften wird von den Hilfswerken tunlichst ausgeblendet. Studien schätzen, dass neue Handelsschranken in der Periode 2006 bis 2008 für 45 Prozent des Preisanstieges bei Reis und für 30 Prozent bei Weizen verantwortlich waren. Zusätzlich fällt der starke Preisanstieg beim Erdöl ins Gewicht, das in der Landwirtschaft und zum Transport der Güter benötigt wird. Ähnliches gilt auch für die Periode 1973 bis 1974. Aufgrund einer jahrzehntelangen und milliardenschweren Agrarschutzpolitik der westlichen Staaten wurden ganze Gegenden in Afrika abhängig von subventioniertem Weizen aus der EU und den USA. Die Industrieländer überschütten ihre Bauern mit so viel Geld, dass diese sogar inklusive Transportkosten billiger als Afrikas Bauern produzieren können. Umgekehrt gelangen wegen Importzöllen, Kontingenten und bürokratischer Vorschriften kaum afrikanische Agrarprodukte nach Europa. Afrikas Bevölkerung von über einer Milliarde Menschen, die grösstenteils in der Landwirtschaft tätig ist, hat den Konkurrenzkampf gegen die Handvoll Bauern der Industrieländer verloren. Der Anteil Afrikas am weltweiten Agrarexport sinkt kontinuierlich, zurzeit beträgt er noch zwei Prozent. Die Konsequenzen sind nicht nur für Afrikaner fatal, auch den Europäern werden die Kosten dieser Politik in Form von Flüchtlingsströmen täglich an den Küsten des Mittelmeers offenbart.

Die Schweiz ist Weltmeisterin im Agrarprotektionismus, sie gibt jährlich fast vier Milliarden Franken für ihre Landwirtschaft aus. Ein Schweizer Bauer erhält etwa zwei Drittel seines Einkommens vom Staat. Doch gerade in der Schweiz wird der Agrarprotektionismus von einer breiten Bevölkerung mitgetragen. Umweltschutz, die kulturelle Bedeutung des Schweizer Bauernstands oder die noch aus dem Zweiten Weltkrieg stammende Idee der Ernährungssicherheit werden zur Verteidigung vorgebracht. Verbietet die Schweiz die Spekulation mit Nahrungsmitteln, merkt die afrikanische Bäuerin nichts davon. Könnte sie uns hingegen nach einer guten Ernte nur einmal ihren überschüssigen Mais zu einem Schweizer Preis und für Schweizerfranken verkaufen, wäre sie sofort die reichste Frau im Dorf. Dafür wäre eine Öffnung des Schweizer Agrarmarktes und – buchstäblich – ein Bauernopfer nötig. Für die Hilfswerke hiesse dies, für einmal nicht auf die Schweizer Banken, sondern auf die Schweizer Bauern zu zielen. Spenden sind damit keine zu gewinnen.

Andrea Franc, Marco Haase

Andrea Franc, 37, ist Postdoc am Departement Geschichte der Uni Basel. Sie forscht zur Haltung der Dritt-Welt-Bewegung gegenüber dem Agrarprotektionismus. **Marco Haase, 36,** ist Postdoc an der Abteilung für Finanzmarkttheorie des WWZ der der Uni Basel. Er forscht zum Einfluss von Finanzspekulation auf Rohstoffpreise.